

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Martin Erwin Renner, Dr. Marc Jongen, Dr. Götz Frömming, Beatrix von Storch, Joachim Wundrak, Marc Bernhard, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Barbara Lenk, Edgar Naujok, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 20/3100, 20/3102, 20/3504, 20/3526, 20/3527, 20/3528 –**

**Entwurf eines Gesetzes  
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023  
(Haushaltsgesetz 2023)**

**hier: Einzelplan 04**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Haushaltstitel „Zuschuss an die Rundfunkanstalt „Deutsche Welle““ ist neu zu evaluieren und um 86,5 Millionen Euro zu kürzen.

Berlin, den 18. November 2022

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## Begründung

Im Gesetz über die Rundfunkanstalt des Bundesrechts Deutsche Welle (DW) im § 3 Abs. 2 heißt es „Die Angebote der Deutschen Welle werden in deutscher Sprache sowie auch in anderen Sprachen verbreitet.“ Weiterhin ist im § 4 festgelegt, dass die Deutsche Welle „insbesondere die deutsche Sprache“ fördert.

Dass die DW ihr Programm in Nordafrika und dem Nahen Osten ausschließlich in Englisch und Arabisch, in anderen Kontinenten sogar nur in Englisch anbietet, hat die AfD-Bundestagsfraktion in vergangenen Anträgen mehrfach kritisiert. Daraus ergibt sich, aus der Sicht der Antragsteller, dass die DW das Gesetz über die Rundfunkanstalt des Bundesrechts Deutsche Welle mindestens in den §§ 3 und 4 verletzt.

Weiterhin ist es nicht hinnehmbar, dass sich die DW an linksextremen und propagandistischen Internetpräsenzen wie [www.infomigrants.net](http://www.infomigrants.net) mit den ihnen zur Verfügung gestellten Bundesmitteln seit Jahren beteiligt.

Ein weiterer Beleg für eine nötige Mittelkürzung ist die Plattform <https://de.qantara.de/>. Qantara.de ist ein Projekt der Deutschen Welle, an dem auch das Goethe-Institut und das Institut für Auslandsbeziehungen im Projektbeirat beteiligt sind. Die Deutsche Welle hat dort nach eigenen Angaben die Aufgabe, in „journalistischer Unabhängigkeit ein umfassendes Deutschlandbild zu vermitteln und weltweite Ereignisse und Entwicklungen aus europäischer Perspektive darzustellen“ (vgl.: <https://de.qantara.de/seite/%C3%BCber-uns>). Allerdings kommt sie dieser Aufgabe nach Ansicht der Antragsteller nicht ausreichend nach; beispielsweise wird auf dieser Plattform regelmäßig zur Revolution im Iran aufgerufen (vgl.: <https://de.qantara.de/inhalt/iran-proteste-wenn-revolution-der-einzige-ausweg-ist>). Mit Blick auf Deutschland vertritt die Plattform aber eine nahezu konträre Auffassung; hier werden beispielsweise Konvertitinnen dafür gelobt, wenn sie für das Tragen von Kopftüchern in sozialen Medien werben (vgl.: <https://de.qantara.de/inhalt/neu-musliminnen-auf-instagram-das-kopftuch-laesst-sich-auf-viele-arten-binden>). Im September 2022 wurde bekannt, dass das Auswärtige Amt die Förderung dieses Islam-Portals einstellen wird (vgl.: <https://www.br.de/nachrichten/kultur/auswaertiges-amt-stoppt-finanzierung-fuer-islam-portal-qantara-de,TGHKMym>). Die Deutsche Welle sollte nach Ansicht der Antragsteller diesem Beispiel folgen.

Seit 2018 steht die Deutsche Welle in öffentlicher Kritik: Interne Probleme, wie Machtmissbrauch, Übergriffe jeder Art, bis hin zu Antisemitismusvorwürfen in arabischen Redaktionen. Die daraufhin im Januar 2022 erfolgte „Externe Untersuchung der Antisemitismusvorwürfe gegen einzelne Mitarbeitende der arabischen Redaktion der Deutschen Welle sowie gegenüber einzelnen Partnern“ hat die eklatanten Anschuldigungen, bestätigt. Als Konsequenz wurde ein 10-Punkte-Maßnahmeplan erarbeitet, dessen Wirkung aber noch nicht abschließend entfaltet werden konnte.

Seit 2016 hat sich der Bundeszuschuss für die Deutsche Welle kontinuierlich erhöht: von 301,8 Millionen Euro in 2016 auf 386,5 Millionen Euro in 2023. Dieser Aufwuchs ist nicht nachvollziehbar. Daher lehnen die Antragsteller die geplante Erhöhung der Mittel im Haushaltsentwurf 2023 ab und beantragen die Rückkehr zur Grundfinanzierung der Deutschen Welle auf ein vertretbares Niveau von 300 Millionen Euro.